

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:237881-2015:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Nürtingen: Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau
2015/S 129-237881**

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2004/18/EG

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Stadt Nürtingen
Marktstraße 1
Kontaktstelle(n): Tiefbauamt
Zu Händen von: Klaus Riehle
72622 Nürtingen
DEUTSCHLAND
Telefon: +49 702275437
E-Mail: k.riehle@nuertingen.de
Fax: +49 7022757437

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers: <http://www.nuertingen.de>

Weitere Auskünfte erteilen:

ISTW Planungsgesellschaft mbH
Franckstraße 4
Zu Händen von: Thilo Seitz
71636 Ludwigsburg
DEUTSCHLAND
Telefon: +49 71412423618
E-Mail: seitz@istw.de
Fax: +49 71412423699
Internet-Adresse: <http://www.vof.istw.de>

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

ISTW Planungsgesellschaft mbH
Franckstraße 4
Zu Händen von: Thilo Seitz
71636 Ludwigsburg
DEUTSCHLAND
Telefon: +49 71412423618
E-Mail: seitz@istw.de
Fax: +49 71412423699
Internet-Adresse: <http://www.vof.istw.de>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an: die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
Regional- oder Lokalbehörde
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Allgemeine öffentliche Verwaltung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

Abschnitt II: Auftragsgegenstand

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:**
Ingenieurleistungen Hochwasserschutz Nürtingen.
- II.1.2) **Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung**
Dienstleistungen
Dienstleistungskategorie Nr 12: Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Nürtingen.
NUTS-Code DE113
- II.1.3) **Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS)**
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag
- II.1.4) **Angaben zur Rahmenvereinbarung**
- II.1.5) **Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens**
Ziel des Vergabeverfahrens ist die Vergabe der Planungsleistungen (Ingenieurbau, Verkehrsanlagen, Tragwerksplanung, Technische Ausrüstung) ab der Entwurfsplanung bis zur Fertigstellung der Hochwasserschutzmaßnahmen Bereich 1 (Gewerbegebiet Zizishausen und Au) und Bereich 2 (Alleenstraße/ Wörthstraße) in Nürtingen.
Als Ergebnis der Vorplanung sind in diesen Bereichen folgende bauliche Maßnahmen vorgesehen:
Der Bereich 1 erstreckt sich am rechten Ufers des Neckars und umfasst den Bereich von der Oberbohinger Straße (Landesstraße L 1250) bis zur Brücke „Oberensingerstraße“ sowie von der Brücke „Oberensingerstraße“ bis zur Brücke „Hochwiesenstraße“. Hier wird der Einbau einer Stahlspundwand (Bohlenlänge ca. 7,5 m) in der wasserseitigen Böschungsschulter auf ca. 1.635 m erforderlich. Der Anschluss an die Brücke „Hochwiesenstraße“ erfolgt über flachgeründete Stahlbetonwände, Dämme und einen mobilen Durchgang (insges. ca. 75 m). Zur Verbesserung der Deichverteidigung werden die hinter den neuen Hochwasserschutzanlagen liegenden Wege auf 3,50 m Wegbreite mit beidseitig 0,50 m breiten Banketten ausgebaut. In einem Teilstück von ca. 265 m (ohne Spundwand) erfolgt lediglich eine Wegverbreiterung.
Der Bereich 2 erstreckt sich am rechten Ufers des Neckars und umfasst den oberwasserseitigen Kraftwerksbereich, den Bereich von der Brücke „Galgenbergstraße“ bis zum Einmündungsbereich der Steinach, die Steinach von der Einmündung in den Neckar bis zur Brücke „Metzingerstraße“ sowie den Bereich von der Einmündung der Steinach in den Neckar bis zur oberstromgelegenen Neckarbrücke. Im oberwasserseitigen Kraftwerksbereich sowie im Bereich der bestehenden „Uferpromenade“ wird zur Beseitigung der massiven Höhendifizite der Einsatz von mobilen Systemen erforderlich. Für den Bereich zwischen dem Ende der „Uferpromenade“ und dem Einmündungsbereich der Steinach ist ein Neubau von Hochwasserschutzwänden erforderlich. Im weiteren Bereich von der Einmündung der Steinach bis zur Neckarbrücke sind überwiegend

Erddeiche zur Beseitigung der Höhendefizite vorgesehen. Im Bereich des Ruderklubs sind aus Platzgründen Hochwasserwände und die Sicherung von Durchgängen mit mobilen Elementen vorgesehen.

II.1.6) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

71322000, 71322400, 71322500, 71327000

II.1.7) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): ja

II.1.8) **Lose**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.9) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) **Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Für die Bereiche 1 und 2 (siehe II.1.5):

Ingenieurleistungen nach HOAI Teil 3 Objektplanungen, Abschnitt 3 – Ingenieurbauwerke

Lph.3: Entwurfsplanung

Lph.4: Genehmigungsplanung

Lph.5: Ausführungsplanung

Lph.6: Vorbereitung der Vergabe

Lph.7: Mitwirkung bei der Vergabe

Lph.8: Bauoberleitung

Lph.9: Objektbetreuung

Besondere Leistungen: Örtliche Bauüberwachung

Ingenieurleistungen nach HOAI Teil 4 Fachplanungen, Abschnitt 1 – Tragwerksplanung

Lph.1: Grundlagenermittlung

Lph.2: Vorplanung

Lph.3: Entwurfsplanung

Lph.4: Genehmigungsplanung

Lph.5: Ausführungsplanung

Lph.6: Vorbereitung der Vergabe

Besondere Leistungen: Objektüberwachung

Ingenieurleistungen nach HOAI Teil 4 Fachplanungen, Abschnitt 2 – Technische Ausrüstung (Hier: insbesondere für die Pumpwerke im Bereich 1)

Lph.1: Grundlagenermittlung

Lph.2: Vorplanung

Lph.3: Entwurfsplanung

Lph.5: Ausführungsplanung

Lph.6: Vorbereitung der Vergabe

Lph.7: Mitwirkung bei der Vergabe

Lph.8: Objektüberwachung – Bauüberwachung

Lph.9: Objektbetreuung

Für die Bereiche 3 und 4 im selben Leistungsumfang als Option (Siehe II.2.2).

Geschätzter Wert ohne MwSt: 756 000 EUR

II.2.2) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen: Gemäß VOF 2009 / § 3 Vergabeart (4) e) beabsichtigt die Stadt Nürtingen die Leistungen für weitere Bereiche (voraussichtlich Bereiche 3 und 4) im Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb an den in dem geplanten Verfahren auszuwählenden Auftragnehmer zu vergeben. Die entsprechenden Voraussetzungen liegen vor:

- Die Wiederholung gleichartiger Leistung ist gegeben. Lediglich einige wenige spezielle Leistungen sind unterschiedlich. Dieser Umfang ist aber untergeordnet. Der Anschlussauftrag ist eine Wiederholung gleichartiger Leistungen aus dem ersten Auftrag.
- Der Grundentwurf ist die vorliegende Konzeption / Vorplanung für den Hochwasserschutz in Nürtingen.
- Die Möglichkeit einer Anschlussbeauftragung wird in der Bekanntmachung des ersten Auftrags, also in dieser Veröffentlichung, bekannt gegeben.

Rechtzeitig vor Ablauf der festgelegten Frist von 3 Jahren nach Auftragsabschluss des ersten Auftrags werden von der Stadt Nürtingen entsprechende Verhandlungen mit dem AN aufgenommen. Dabei kann eine Verhandlung aber auch immer zu dem Ergebnis führen, dass keine Einigung erzielt wird. Deshalb besteht für die Stadt Nürtingen keine Verpflichtung den Folgeauftrag an den Auftragnehmer des Erstauftrags vergeben zu müssen. Die Stadt Nürtingen wird den Folgeauftrag nur vergeben wenn die Verhandlungen ein für den Auftraggeber zufriedenstellendes Ergebnis erbracht haben. Sollte die Stadt mit Art und / oder Qualität der Leistungserbringung durch den Auftragnehmer des ersten Beauftragung nicht zufrieden sein, werden die Verhandlungen zu keiner Einigkeit führen und die Folgebeauftragung wird nicht zustande kommen.

Voraussichtlicher Zeitplan für den Rückgriff auf diese Optionen:
in Monaten: 36 (ab Auftragsvergabe)

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung**

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**

Beginn 3.1.2016. Abschluss 17.12.2021

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Aktueller Nachweis (ausgestellt nach dem 01.01.2015) einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer jährlichen Deckung von mindestens 1,5 Mio. Euro bei Personenschäden und einer jährlichen Deckung von 1,5 Mio. Euro bei Sach- und Vermögensschäden. Die Summen gelten je Schadensfall (zweifach maximiert).

Die schriftliche Bestätigung der Versicherung des Bewerbers, die Berufshaftpflichtdeckung auf die geforderten Deckungssummen im Auftragsfall anzuheben oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein, ist als Nachweis ausreichend.

Bei Bewerber- / Bietergemeinschaften ist der Nachweis für die Deckungssumme bzw. vorgenannte Bestätigung eines Mitglieds aufgrund der gesamtschuldnerischen Haftung ausreichend.

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

— Die Erbringung der einzelnen Leistungsphasen, sowohl für das Gesamtprojekt wie auch für einzelne Bauabschnitte, bedarf der jeweiligen Freigabe durch den Auftraggeber;

— Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI – 2013;

— Allgemeine Vertragsbedingungen Architekten- / Ingenieurleistungen – AVB – (Boorberg Verlag) – Fassung 2013;

— Zusätzliche Vertragsbedingungen Architekten- / Ingenieurleistungen – ZVB – (Boorberg Verlag) – Fassung 2013;

— Zusätzliche Vertragsbedingungen zum Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg (LTMG-BW) Fassung 2013.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften (BiGe) werden als gesamtschuldnerisch haftende Zusammenschlüsse verschiedener Firmen akzeptiert.

Falls es sich bei dem Bewerber um einer Bewerber- / Bietergemeinschaft handelt sind mit den Bewerbungsunterlagen folgende verbindliche gemeinsame Erklärungen aller Mitglieder der Bewerber- / Bietergemeinschaft einzureichen:

- Erklärung über die vorgesehene Rechtsform der Bewerber- / Bietergemeinschaft
- Erklärung über die gesamtschuldnerische Haftung
- Erklärung über den bevollmächtigten Vertreter
- Erklärung über die Aufgabenverteilung innerhalb der Bewerber- / Bietergemeinschaft

Bei Auftragserteilung ist ein Nachweis über die Rechtsform und die gesamtschuldnerische Haftung vorzulegen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: Nachweis der Rechtsform und der Unterschriftenberechtigung:

Aktueller Nachweis (ausgestellt nach dem 01.01.2015) über die Rechtsform und die Unterschriftenberechtigung des Bewerbers – bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für alle Mitglieder (in der Regel durch Auszug aus dem Handelsregister – bei ausländischen Bewerbern durch eine Bescheinigung der zuständigen Behörde des Herkunftslandes – bei Unternehmen die nicht zur Eintragung in ein Handelsregister o.ä. verpflichtet sind durch Eigenerklärung).

Aus dem Nachweis muss zweifelsfrei hervorgehen, dass die Person / die Personen welche den Antrag / die Erklärungen abgegeben haben berechtigt sind Rechtsgeschäfte für den Bewerber zu tätigen. Bewerbungen / Erklärungen die von Personen unterschrieben sind für die ein solcher Nachweis nicht vorliegt werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Der Auftraggeber muss sich vergewissern (können) dass die handelnden Personen auf Seite des Auftragnehmers berechtigt sind Rechtsgeschäfte für den Bewerber zu tätigen. Nur so kann das Zustandekommen einer rechtskräftigen Vereinbarung gewährleistet werden.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: A) Abgabe eines Firmen- / Bewerberprofils mit Angaben zur Gründung, Gesellschaftsform, Eigentümer und eventuellen Tochtergesellschaften, Standorten, wirtschaftliche Verknüpfung mit anderen Unternehmen und Leistungsspektrum des Bewerbers

b) Erklärung über die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen (bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für jedes Mitglied). Zur Bearbeitung des Auftrages darf der Auftragnehmer nur Nachunternehmer einsetzen welche

dem Auftraggeber bekannt sind und deren Einsatz der AG zugestimmt hat. Aus diesem Grund sind Nachunternehmer vorab zu benennen;

c) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten, ob der Bewerber mit anderen Unternehmen den Auftrag erbringen möchte und, wenn ja, wie die Aufteilung der Leistungserbringung erfolgt (VOF 4 (2));

- d) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten, dass mindestens 70 % der zu vergebenden Leistungen durch Personal im eigenen Betrieb (bzw. den Betrieben der Bewerber- / Bietergemeinschaft) erbracht werden;
- e) Durch eine Verpflichtungserklärung der dritten Unternehmen ist nachzuweisen, dass diese für die Leistungserbringung zur Verfügung stehen;
- f) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt (VOF § 2 (3));
- g) Die Bewerbung muss eine Erklärung enthalten (bei Bewerber- / Bietergemeinschaften für jedes Mitglied), dass keine Ausschlussgründe gemäß VOF § 4 (6), VOF § 4 (9) und VgV § 16 bestehen;
- h) Abgabe eines Firmen- / Bewerberprofils mit Angaben zur Gründung, Gesellschaftsform, Eigentümer und eventuellen Tochtergesellschaften, Standorten, wirtschaftliche Verknüpfung mit anderen Unternehmen und Leistungsspektrum des Bewerbers;
- i) Erklärung über den Gesamtumsatz (brutto) des Bewerbers insgesamt für die letzten drei Geschäftsjahre (VOF § 5 (4) c) (bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft)
- j) Erklärung über den Umsatz (brutto) des Bewerbers in Bezug auf die angefragte Dienstleistung für die letzten drei Geschäftsjahre (VOF § 5 (4) c) (bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft)
- k) Erklärung über die jährliche durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten der letzten drei Jahre (bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft).
- l) Erklärung über die jährliche durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten der letzten drei Jahre für die der Ausschreibung entsprechende Dienstleistungen (bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Nachweis der fachlichen Eignung durch Nennung von Erfahrungen gemäß den in den Bewertungskriterien genannten Anforderungen.

Die fachliche Eignung wird durch Nennung und Beschreibung von vergleichbaren erbrachten Leistungen von jeweils maximal 3 Projekten des Bewerbers je Kriterium (werden mehr als drei Projekte angegeben werden nur die ersten 3 gewertet) mit Angaben des Auftraggebers (Bezeichnung, Anschrift, Name und Telefonnummer des Ansprechpartners), Beschreibung der erbrachten Leistungen, Projektbeschreibung, Planungsumfang, Fertigstellungstermin gemäß den folgenden Anforderungen abgefragt. Grundbedingungen für alle Angaben:

— Die ausschreibende Stelle behält sich vor die Angaben beim Auftraggeber zu überprüfen.

— Können die vom Bewerber gemachten Angaben vom damaligen Auftraggeber auf Nachfrage inhaltlich nicht bestätigt kann der Bewerber vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: ja

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift: Die Erbringung der Leistung ist

Ingenieurinnen / Ingenieuren gemäß den Anforderungen im Ingenieurgesetz (IngG) Baden-Württemberg

vom 30.3.1971 – zuletzt geändert 29.07.2014 – vorbehalten. VOF § 19 Absatz 2 und 3 gilt entsprechend. Ein

Nachweis der Berufszulassung für die verantwortliche Person ist erst mit dem Angebot vorzulegen (z.B. Eintrag in ein Berufsregister, Diplomzeugnis).

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden (ggf. nach einem bestimmten Verhandlungsverfahren) nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl 3: und Höchstzahl 6

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: 1) Prüfung der Bewerbung hinsichtlich Ausschlußkriterien 2) Bewertung der Leistungsfähigkeit und der fachlich Eignung des Bewerbers anhand folgender Kriterien:- Leistungsfähigkeit mit 10 %- Planung von Hochwasserschutzmaßnahmen an Fließgewässern mit 6 %- Bauüberwachung von Hochwasserschutzmaßnahmen an Fließgewässern mit 4 %- Planung von Hochwasserschutzmaßnahmen an Fließgewässern durch Dammbaumaßnahmen im bebauten Bereich mit 16 %- Bauüberwachung von Hochwasserschutzmaßnahmen an Fließgewässern durch Dammbaumaßnahmen im bebauten Bereich mit 12 %- Planung von Hochwasserschutzmaßnahmen an Fließgewässern durch Dammbaumaßnahmen mit Spundwänden mit 16 %- Bauüberwachung von Hochwasserschutzmaßnahmen an Fließgewässern durch Dammbaumaßnahmen mit Spundwänden mit 12 %- Planung von Hochwasserschutzmaßnahmen mit mobilen Schutzanlagen mit 8 %- Bauüberwachung von Hochwasserschutzmaßnahmen mit mobilen Schutzanlagen mit 6 %- Tragwerksplanung bei Hochwasserschutzmaßnahmen an Fließgewässern mit 6 %- Planung und Bauüberwachung der Technischen Ausrüstung (hier: Pumpwerke) mit 4 % Die detaillierten Kriterien und Anforderung sind dem Bewerbungsbogen und dem veröffentlichten Prüf- und Bewertungsbogen (siehe VI.3) zu entnehmen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote nein

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien

das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags Vorinformation

Bekanntmachungsnummer im ABI: [2015/S 107-194344](#) vom 5.6.2015

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Kostenpflichtige Unterlagen: nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

18.8.2015 - 12:00

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können**
Deutsch.

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots**

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**

a) Für die Bewerbung wird eine Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt in welchem alle notwendigen Erklärungen und Nachweise detailliert aufgeführt sind.

b) Alle Unterlagen zur Ausschreibung stehen kostenlos und frei zugänglich auf der Internetseite www.vof.istw.de zur Verfügung

c) Die Möglichkeit gemäß VOF § 5 (3) Erklärungen und Nachweise nachzufordern, wird nicht in Anspruch genommen. Alle Erklärungen und Nachweise sind bis zum genannten Schlusstermin vorzulegen. Nach dem Schlusstermin eingehende Bewerbungen sowie unvollständige Bewerbungen werden vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Die ausschreibende Stelle behält sich lediglich vor nicht eindeutige Informationen / Unterlagen im Zuge einer Aufklärung nachzufordern;

d) Die Bewerbung muss in Form des ausgefüllten Bewerbungsbogens (veröffentlicht als bearbeitbares Dokument auf der o.g. Internetseite) vorliegen;

e) Die Bewerbung muss mit rechtsverbindlicher Unterschrift versehen sein (original Unterschrift einer Person die nachweislich – siehe III.2.1- berechtigt ist Rechtsgeschäfte für den Bewerber zu tätigen, bzw. durch die von Bewerber- / Bietergemeinschaften bestimmte Person);

f) Eine Erklärung aus der hervorgeht welche Personen die Leistung tatsächlich erbringen werden (VOF § 4 (3)), wird erst im Verhandlungsverfahren gefordert werden;

g) Alle Angaben der Bewerber haben in deutscher Sprache zu erfolgen. Anderen Nachweisen oder Dokumenten sind Übersetzungen durch amtlich anerkannte Dolmetscher beizufügen. Ohne solche Übersetzungen können diese Unterlagen nicht berücksichtigt werden;

h) Bewerbungsunterlagen die über die ausdrücklich verlangten Angaben und Nachweise hinaus gehen, sind nicht erwünscht und werden bei der Bewertung nicht berücksichtigt;

i) Die Bewerbungsunterlagen sind ausschließlich in Papierform DIN A4 und auf dem Postweg einzureichen;

j) Die Bewerbungsunterlagen sind mit der vorbereiteten Angebotskennzeichnung (erhältlich auf der oben angegebenen Internetseite) zu versehen (entsprechend VOF § 8 (3));

k) Die Bewerbungsunterlagen verbleiben beim Auftraggeber und werden nicht zurückgegeben.

l) Alle Fragen zum Verfahren werden ausschließlich schriftlich, per E-Mail an seitz@istw.de, angenommen. Eingegangene Fragen werden zentral beantwortet. Alle eingegangenen Fragen und die zugehörigen Antworten werden (anonym) auf der Internetseite der Ausschreibung allen Bewerbern / Bietern zur Verfügung gestellt. Dadurch haben alle Bewerber / Bieter dieselben Informationen / Grundlagen für ihre Bewerbung. Auf anderem Weg eingehende Fragen werden nicht beantwortet, es wird immer auf den aufgezeigten Weg über die E-Mail verwiesen.

m) Die seitherigen Planungsleistungen (Konzept – Vorplanung – Fördermittelantrag) wurden von folgendem Büro durchgeführt: Ingenieurbüro Winkler und Partner GmbH, Schloßstraße 59a; 70176 Stuttgart. Die gesamten

Unterlagen welche bisher erarbeitet wurden werden im Verhandlungsverfahren mit der Angebotsaufforderung / der Ausschreibung allen Bietern zur Verfügung gestellt. Dadurch werden alle Bieter gleich gestellt. Die vorhandene Vorkennntnis des Büros IWP wird ausgeglichen. Daher wird das Büro IWP nicht vom Verfahren ausgeschlossen. Das Büro IWP wird aber nicht für das Verhandlungsverfahren gesetzt, sondern muss sich wie jeder andere Bewerber, dem Bewerbungsverfahren unterziehen.

n) Der Bewerber / Bieter hat eine Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, welche vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz(AEntG) erfasst werden abzugeben.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Regierungspräsidium Karlsruhe – Vergabekammer Baden-Württemberg
76133 Karlsruhe
DEUTSCHLAND
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 7219264049
Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de>
Fax: +49 7219263985

VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: a) Bewerber die nicht zum Verhandlungsverfahren zugelassen werden, werden über die Ablehnung ihrer Bewerbung vor Beginn des Verhandlungsverfahrens schriftlich informiert. Eine weitere Information zum Fortgang des Verfahrens ist nicht vorgesehen;

b) Der Zuschlag wird erst erteilt, nachdem die unterlegenen Bieter schriftlich über die beabsichtigte Zuschlagserteilung informiert worden sind und 15 Kalendertage vergangen sind;

c) Um eine Korrektur im Vergabeverfahren zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer gestellt werden;

d) Wenn für einen Bewerber/Bieter Vergabeverstöße bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind und dieser nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung rügt ist ein Nachprüfungsantrag nicht zulässig;

e) Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich und in der Regel vor Anrufung der Vergabekammer gerügt hat;

f) Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 107 Abs. 3 GWB);

g) Ein Nachprüfungsantrag kann nur gestellt werden solange der Auftraggeber noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat.

VI.4.3) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Regierungspräsidium Karlsruhe – Vergabekammer Baden-Württemberg
76133 Karlsruhe
DEUTSCHLAND
E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de
Telefon: +49 7219264049
Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de>
Fax: +49 7219263985

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

3.7.2015